

fallgebinde ohne einen weiteren Behälter als Barriere direkt in Bohrlöchern des Salzgesteins, ohne eine Rückholbarkeit zu gewährleisten, einfach nach der Methode „Abkippen, Augen zu und durch“.

W. Filbert, J. Wehrmann, W. Bollingerfähr, R. Graf, S. Fopp: Resultate der Arbeiten zum Endlagerkonzept Direkte Endlagerung abgebrannter Brennstäbe in Brennstabkaskillen (BSK), DBE Technology GmbH, Peine, GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH, Essen, 2010. ●

Atompolitik

Finanzierungslücke beim Fusionsreaktor ITER

Die Finanzierungslücke beim geplanten Forschungsreaktor ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) soll aus dem europäischen Haushalt gedeckt werden. Die Gesamtkosten für den Forschungsreaktor sollen künftig begrenzt werden, Mehrkosten müßten dann beim Projekt eingespart werden. Das erklärte die Bundesregierung in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 9. Juni 2010. In dem geplanten Reaktor, der in internationaler Zusammenarbeit im französischen Cadarache gebaut werden soll, soll die Energieerzeugung durch Kernfusion erforscht werden. An dem Projekt sind neben der Europäischen Union Japan, Rußland, die USA, China, Indien und Südkorea beteiligt. In den vergangenen Wochen seien „erhebliche Kostensteigerungen“ bei dem Projekt bekannt geworden, erklärte die Bundesregierung. Der Anteil der Europäer sei von 2,7 Milliarden Euro auf jetzt voraussichtlich 7,2 Milliarden Euro gestiegen. Auf Drängen der Bundesregierung sei deshalb eine Task Force auf EU-Ebene eingerichtet

worden, die unter anderem Vorschläge zur Finanzierung vorlegen solle. Auch beim Management von ITER sollen Veränderungen vorgenommen werden. Trotzdem findet die Bundesregierung, alle Evaluierungen hätten bestätigt, daß ITER der notwendige und richtige Schritt hin zu einer vielversprechenden Option der Energieerzeugung sei. Deshalb stelle sich die Frage nach einer Neuausrichtung der Kernfusionsforschung nicht.

Kommentar: Für die Vision Kernfusion wird unglaublich viel Geld ohne erkennbare Ergebnisse ausgegeben. In den 1950er Jahren hatten Kernforscher angekündigt, in etwa 30 Jahren einen Kernfusionsreaktor realisieren zu wollen. Heute, 60 Jahre später, sprechen die Fusionsforscher davon, vielleicht ab 2050 einen Versuchsreaktor bauen zu können. Ein Beitrag zur Energieversorgung ist also nicht in Sicht. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) hatte Anfang Mai 2010 im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages sein Gutachten „100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050“ vorgestellt. Quintessenz des Gutachtens ist: „Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich. Prof. Hohmeyer, der Autor des Gutachtens betonte, daß bereits 2030 eine Vollversorgung mit Strom aus Erneuer-

baren Energien möglich sei, wenn die konventionellen Kraftwerke frühzeitig abgeschaltet sowie die Netz- und Speicherinfrastruktur angepaßt werden. Kalifornische Wissenschaftler haben ebenfalls kürzlich einen Plan auch für die Welt verkündet, bis 2030 die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energieformen umzustellen. Kernfusion und Kernfusionsforschung werden dann schlicht nicht mehr gebraucht.

Th.D.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU): 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar, Stellungnahme Nr.15, 5.5.2010. www.umweltrat.de/cln_137/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2010_05_Stellung_15_erneuerbareStromversorgung.html ●

Atomwirtschaft

Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung

Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) sind gesetzlich verpflichtet, für Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken (AKW) sowie für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle Rückstellungen zu bilden. Zudem obliegt ihnen die Gewährleistung, daß die Finanzmittel zum entsprechenden Zeitpunkt in erforderlicher Höhe zur Verfügung stehen. Dies war jedoch in der

Vergangenheit aufgrund akuter Finanznot der Betreibergesellschaften nicht immer der Fall, so zum Beispiel beim Thorium Hochtemperatur Reaktor in Hamm-Uentrop (THTR). Solange die Rückstellungen nicht in einen öffentlich kontrollierten Fond überführt sind, ist zu befürchten, daß sich dies wiederholen könnte, insbesondere in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise, meint man in der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die vier in Deutschland tätigen Energieversorgungsunternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe hatten zum Jahresende 2008 zusammen Rückstellungen in Höhe von 27,52 Milliarden Euro für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken sowie für die Entsorgung von radioaktiven Betriebsabfällen und bestrahlten Brennelementen gebildet. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/1866 vom 27. Mai 2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitteilt, lag die Höhe der Rückstellungen Ende 2005 bei 27,17 Milliarden Euro. Die Entwicklung der Rückstellungen für die Stilllegung und den Rückbau der deutschen Kernkraftwerke und für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente sowie für die Entsorgung weiterer radioaktiver Abfälle bis zum Jahr 2020 sei insgesamt kaum abzuschätzen, erklärt die Regierung. Das hänge unter an-

EVU	Rechnungslegungs-vorschrift*	Gesamthöhe der Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung			
		zum 31.12.2005	zum 31.12.2006	zum 31.12.2007	zum 31.12.2008
E.ON AG	US GAAP, ab 2007 IFRS	13 362 Mio. €	13 162 Mio. €	12 249 Mio. €	12 200 Mio. €
RWE AG	IFRS	8 675 Mio. €	8 843 Mio. €	9 053 Mio. €	9 465 Mio. €
EnBW AG	IFRS	4 294 Mio. €	4 389 Mio. €	4 482 Mio. €	4 754 Mio. €
Vattenfall Europe AG	bis 2006 nach HGB, ab 2007 nach IFRS	840 Mio. €	850 Mio. €	839 Mio. €	1 104 Mio. €

* IFRS – International Financial Reporting Standards; US GAAP – United States Generally Accepted Accounting Principles; HGB – Handelsgesetzbuch

Quelle: Bundestagsdrucksache 17/1866 v. 27.05.2010